Stadt Aulendorf  
Landkreis Ravensburg

SATZUNG  
über die Erhebung von Gebühren für die Erstellung von Gutachten  
durch den  
Gutachterausschuss  
(Gutachterausschussgebührensatzung)


§ 1 Gebührenpflicht
1. Die Stadt Aulendorf erhebt für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Gebühren.


§ 2 Gebührenschuldner, Haftung
1. Gebührenschuldner ist, wer das Gutachten veranlasst oder in wessen Interesse es erstellt wird.

2. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

3. Neben dem Gebührenschuldner haftet, wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

§ 3 Gebührenmaßstab


5. Sind Wertermittlungen für Sachen oder Rechte auf unterschiedliche Stichtage durchzuführen, so ist die Gebühr aus der Summe des höchsten ermittelten und der Hälfte der auf die übrigen Stichtage ermittelten Werte zu berechnen.

6. Sind dieselben Sachen oder Rechte innerhalb von 3 Jahren erneut zu bewerten, ohne dass sich die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse geändert haben, so wird bei der Bemessung der Gebühr der halbe Wert zugrunde gelegt.

§ 4 Gebührenhöhe

1. Bei der Wertermittlung von Sachen oder Rechten beträgt die Gebühr bei einem Wert

<table>
<thead>
<tr>
<th>Betrag</th>
<th>Gebühr</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>bis 100 000 Euro</td>
<td>370,00 €</td>
</tr>
<tr>
<td>zuzüglich 0,42 % aus dem Betrag über 25 000 €</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>bis 250 000 Euro</td>
<td>685,00 €</td>
</tr>
<tr>
<td>zuzüglich 0,34 % aus dem Betrag über 100 000 €</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>bis 500 000 Euro</td>
<td>1.195,00 €</td>
</tr>
<tr>
<td>zuzüglich 0,15 % aus dem Betrag über 250 000 €</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>bis 5 Mio. Euro</td>
<td>1.570,00 €</td>
</tr>
<tr>
<td>zuzüglich 0,075 % aus dem Betrag über 500 000 €</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>über 5 Mio. Euro</td>
<td>4.945,00 €</td>
</tr>
<tr>
<td>zuzüglich 0,05 % aus dem Betrag über 5.000.000 €</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

2. Bei unbebauten Grundstücken oder Rechten an solchen Grundstücken beträgt die Gebühr 60 % der Gebühr nach Abs. 1.

3. Ist das Gutachten auf Antrag entsprechend § 6 Abs. 3 Gutachterausschussverordnung unter Würdigung der Vergleichspreise und Darlegung der angewandten Methoden auszuarbeiten, erhöht sich die Gebühr um 50%.

4. Bei geringem Aufwand (Kleinbauten, z.B. Garagen oder Gartenhäuser, Berechnung des Herstellungswertes baulicher Anlagen nach vorhandenen Unterlagen) ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte.


§ 5 Rücknahme, Ablehnung eines Antrages

§ 6 Besondere Sachverständige, erhöhte Auslagen
1. Werden besondere Sachverständige bei der Wertermittlung zugezogen, so hat der Gebührenschuldner die hierdurch entstehenden Auslagen neben den Gebühren nach dieser Satzung zu entrichten.
2. Soweit die sonstigen Auslagen das übliche Maß übersteigen, sind sie neben der Gebühr zu ersetzen.
3. Für die Erstattung von Auslagen sind die für die Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit

§ 8 Vorauszahlungen, Sicherheitsleistung
Die Erstellung eines Gutachtens kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anordnung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

§ 9 Inkrafttreten

Hinweis:
Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unberücksichtigt, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Aulendorf geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften auch nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet hat.
oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat.

Aulendorf, den 10.2.2015

Matthias Burth, Bürgermeister